

Rezension zu: Heiko Girth, Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer 2002

Heiko Hausendorf

Wiewohl das Verhältnis von Sprache und Politik (und umgekehrt von Politik und Sprache) immer wieder auch von sprachwissenschaftlicher Seite thematisiert worden ist, ist die politische Kommunikation bis heute kein fest umrissene Gegenstandsbereich der Sprachwissenschaft. Zwar gibt es eine große Anzahl linguistischer Studien, die sich – vermehrt seit etwa Anfang der 70er Jahre mit dem Aufschwung der Pragmatik – von unterschiedlichen Ausgangspunkten her und mit unterschiedlichem Selbstverständnis mit dem Thema beschäftigt haben (von "Sprachkritik" bis "Diskursanalyse"). Auch fehlt es nicht an Versuchen der Systematisierung und Profilierung eines Forschungsbereiches *Politolinguistik* (vergleiche etwa Burkhardt 1996; Klein 1998). Doch ist dabei bis heute auffällig blass geblieben, worin letztlich die Besonderheit *politischer* Kommunikation im Gegensatz zu anderen Feldern gesellschaftlicher Kommunikation besteht, auf welche Theorie politischer Kommunikation bei einer solchen Bestimmung zurückgegriffen wird und wie die sprachwissenschaftliche Perspektive in eine solche Theorie eingebettet werden könnte. Ein Beleg dafür ist die Beobachtung, dass der Zugang der Sprachwissenschaft und Germanistik ein primär *themenbezogener* gewesen und wohl auch geblieben ist ("Sprache im Nationalsozialismus", "Deutsche Sprache in der DDR und BRD", "Sprache der Wende"). Einen anderen komplementären Beleg könnte man darin sehen, dass im Hinblick auf gegenstandskonstitutive und -systematische Bemühungen der mit den Arbeiten von W. Dieckmann erreichte Stand der Forschung aus den 70er Jahren (Dieckmann 1975; 1981a) auch in neueren Publikationen kaum nennenswert überschritten scheint. Vor diesem Hintergrund muss eine Arbeit neugierig machen, die den linguistischen Zugang zum "Problemkomplex 'Sprache und Politik'" in Form einer Einführung auf systematische Weise zu erarbeiten verspricht.

Dabei ist von vornherein zu berücksichtigen, dass die Einführung von Heiko Girth vor allem den Charakter eines Arbeitsheftes hat, was sich in der (erfreulichen) Kürze der Abhandlung, den jedem Kapitel nachgestellten Übungsaufgaben und Literaturhinweisen und in der lesefreundlich-voraussetzungsarmen Darstellungsweise zeigt.¹ Auch der Aufbau der Schrift folgt dieser Orientierung an Lesern, die sich einen ersten Zugang zur Thematik verschaffen wollen: In den ersten beiden Kapiteln wird versucht zu zeigen, worin ein "eigenständiger linguistischer Zugang zu dem Themenkomplex Sprache und Sprachverwendung in der Politik" besteht. Der Autor greift dazu zunächst in recht allgemeiner Weise Bestimmungen von "Politik", "Ideologie" und "gesellschaftlicher Wirklichkeit" auf, um dann im zweiten Kapitel den aktuellen Forschungsstand der "Sprache-und-Politik-Forschung" zu skizzieren. Diese Skizze läuft im wesentlichen darauf hinaus zu belegen, dass und wie "mit der kommunikativ-pragmatischen Wende in der Sprachwissenschaft (...) der pragmatische Ansatz auch Einzug in die Sprache-und-Politik-Forschung gefunden hat" (S.10ff.) und in diesem Sinne ein Übergang von ei-

¹ Das Arbeitsheft ist dabei gleichwohl sehr charakteristisch für den Forschungsstand – und lohnt auch deshalb eine eingehendere Besprechung.

ner primär "lexikonorientierten" zu einer stärker "text-/diskursorientierten" Forschungsrichtung zu verzeichnen ist. Zusätzlich werden zentrale Themen (siehe schon oben) und "einige wichtige Analysemodelle" der einschlägigen Forschung vorgestellt.

Schon in der Darstellung dieser "Analysemodelle" (unter anderem von Klaus, Holly und Heringer) macht sich ein eher additives Nebeneinanderstellen einzelner Untersuchungen und Forschungstraditionen bemerkbar, wie es dann insbesondere den Aufbau des sich anschließenden Kapitels charakterisiert, in dem "pragmalinguistische Grundlagen der Sprache-und-Politik-Forschung" vorgestellt werden. Dabei handelt es sich im wesentlichen um allgemeine Ansätze aus der linguistischen Pragmatik, die in ihrer Anwendung auf "die Selektion sprachlicher Mittel durch den Politiker" (S.31) vorgestellt werden. Dieser für die Einführung wohl charakteristische Versuch, den interessierenden Phänomenbereich im wesentlichen durch eine Übertragung und Anwendung pragmatischer Ansätze auf im weitesten Sinne politisch relevante Themen zu erarbeiten, hat allerdings eine gravierende analytische Unschärfe der Beschreibungskategorien zur Folge. Das tritt in diesem Kapitel 3 besonders hervor, wenn "Merkmale politischer Sprachverwendung" mit Kategorien wie "Öffentlichkeit", "Gruppenbezogenheit", "Mehrfachadressiertheit / Inszeniertheit" und "Konsens-Dissensorientiertheit" erfasst und beschrieben werden sollen (S.33ff.): Offensichtlich ist keines dieser Merkmale ein exklusives Merkmal für politische Kommunikation, wiewohl damit sicher relevante Aspekte politischer Kommunikation im Visier sind; nur lassen sie sich eben auf dem gewählten Level der Beschreibung analytisch nicht befriedigend einholen. *Mutatis mutandis* gilt das auch für die anderen "pragmalinguistischen Grundlagen", die hier eingefügt werden (etwa die Grice'schen Konversationsmaximen).

Die übrigen drei Kapitel der Einführung wenden sich dann stärker der Empirie des Feldes zu, zunächst im Sinne einer breiter ausgeführten Erfassung lexikalischer Besonderheiten (Kapitel 4) – die in den germanistischen Untersuchungen zum öffentlichen Sprachgebrauch, zur politischen Sprache und Sprachverwendung, aber auch schon in der Tradition der Sprachkritik seit jeher im Vordergrund gestanden haben –, im nächsten Kapitel dann im Sinne einer eher überblickshaften Erfassung und Systematisierung unterschiedlicher "Textsorten in der Politik" (Kapitel 5). Den Abschluss bilden schließlich exemplarische Analysen von Politikerreden (Kapitel 6), auf die ich abschließend am Beispiel der in der Germanistik vielfach und vieler Orts besprochenen Rede Philipp Jennings kurz zurückkommen möchte.

Geboten werden soll mit diesem Aufbau der Schrift ein "solides Fundament" für Lehrende und Studierende, die einen Einstieg in linguistische Zugangsweisen zur Thematik suchen. Ob dieser Anspruch insbesondere im Hinblick auf die Klärung des Gegenstandsbereiches tatsächlich eingelöst werden kann, mag dahingestellt bleiben (siehe unten). Meines Erachtens liegt der Gebrauchswert der Einführung in erster Linie darin, dass sie in übersichtlicher und gut aufbereiteter Weise vor allem die aus dem engeren Umfeld der deutschsprachigen germanistisch-linguistischen Pragmatik stammenden Untersuchungen zum Thema *Sprache und Politik* für nicht einschlägig vorinformierte Leser zugänglich macht. Zwar liegen inzwischen einige Aufbereitungen des Forschungsstandes auch in Aufsatzform vor (siehe schon Burkhardt 1996; Klein 1998; in sprachdidaktischer Hinsicht auch

Bremerich-Voß 1990; Kilian 1994), doch lässt die komprimierte Form der Darstellung dort in der Regel nicht die Art der didaktisierten Aufbereitung zu, die in der Einführung sehr beispielhaft, anwendungsorientiert und konkret gelungen ist – auch wenn man sich im Einzelnen natürlich auch andere Schwerpunktsetzungen hätte vorstellen können (z.B. im Hinblick auf Untersuchungen zur massenmedialen, etwa fernsehmündlich-dialogischen 'Darstellung' von Politik in der Öffentlichkeit; siehe auch noch unten). Auf der anderen Seite ist diese Art der Selektivität angesichts der Kürze der Abhandlung wohl auch nicht zu vermeiden. Und für Leser, die sich schnell informieren möchten, stellt diese Kürze der Abhandlung eben tatsächlich auch einen nicht zu unterschätzenden Gebrauchswert dar.

Eine etwas andere Einschätzung ergibt sich, wenn man die Schrift vor dem Hintergrund der einleitend angedeuteten Charakteristik des Forschungsstandes noch einmal in den Blick nimmt. Aus der in der Einführung favorisierten Perspektive eines "pragmatischen Ansatzes" erscheint die Thematik *Sprache und Politik* vorrangig als "Sprachverwendung von Politikern in konkreten Kommunikationssituationen", auch wenn an einer Stelle in breiterer Perspektive verschiedene "Handlungsfelder in der Politik" (in Anlehnung an Strauß 1986) differenziert werden. Die exemplarischen Einzelanalysen, die das Buch beschließen, beziehen sich entsprechend ausschließlich auf Politikerreden (siehe oben). In dieser Fokussierung des Gegenstandes "politische Kommunikation" auf das Reden von Politikern folgt die Arbeit der Mehrzahl der pragmalinguistischen Studien der letzten 20 Jahre, in dieser Fokussierung folgt sie – mehr oder weniger unproblematisiert – aber auch einer nicht unbedenklichen Einengung des Blickwinkels, mit der nicht nur weitreichende Erscheinungsformen des Gegenstandes ausgeblendet werden, sondern auch der Gegenstand selbst theoretisch unterbestimmt bleibt:²

Die Versuche einer theoretischen Begründung verfehlen in der Regel mit unterschiedlichen Stoßrichtungen den theoretischen Gegenstand: sei es, daß sie bei der Beschreibung des anschaulichen Geschäftes der Akteure stecken bleiben; sei es, daß sie die Analyse moralisch verkürzen; sei es, daß sie diesen in blassen Abstraktionen überspringen. Zur Irritation vieler seiner Adepten bis heute schrieb Marx ein Buch über das *Kapital* – und nicht über die Unternehmer (Maas 1989:352).

Indiz für diesen Theoriebedarf ist die Benennung des Gegenstandes selbst: Zwar ist im Untertitel der Schrift (ebenfalls einschränkend) von "öffentlich-politischer Kommunikation" die Rede, aber dieser Sprachgebrauch wird letztlich nicht theoretisch eingeführt und abgegrenzt von eher unspezifisch-vagen Formeln wie "politische Sprache", "Sprache-und-Politik-Forschung" oder dem "Themenkomplex Sprache und Sprachverwendung in der Politik". Entsprechend unspezifisch-vage bleibt die Klärung der Frage, ob und in welcher Weise der linguistische Zugang auf die "Politik selbst" oder aber 'nur' auf den Aspekt der Außendarstellung von Politik in der Öffentlichkeit ziele. Einerseits heißt es in den einleitenden Bemerkungen im ersten Kapitel (in Anlehnung an eine treffende Formel von H. Lübke):

Die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen, ist zwar ein wichtiger Aspekt der Politik, aber sie ist nicht die Politik selbst. (S.3)

² "Die Identität des Objekts wurde sozusagen über die Identität der Akteure hergestellt", bemerkt Bremerich-Vos (1990:467) treffend im Hinblick auf die Sprachkritik und verweist dazu auch auf die Kritik (der Sprachkritik) von Utz Maas (siehe oben im Text).

Andererseits wird aber zwei Seiten zuvor gerade ein Politikbegriff gefordert, der – "kommunikationsorientiert" – "das Sprachhandeln der beteiligten Akteure in den Mittelpunkt rückt". Genau das leistet jene Definition Lübkes (Politik sei die Kunst, im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen), die der Autor entsprechend als Einlösung eines "kommunikationsorientierten" Politikbegriffs zitiert (S.1) – um dann eben doch wieder von dieser Bestimmung des Politischen Abstand zu nehmen im Sinne einer (ihrerseits nicht-kommunikativen?!) "Politik selbst". An dieser Stelle fühlt man sich an eine traditionelle Gegenüberstellung von Worten und Taten, Reden und Handeln erinnert, die natürlich gerade aus "pragmatischer" Sicht nicht recht überzeugen kann – die im Buch aber auch nicht durch eine systematische Bestimmung des Gegenstandes politischer Kommunikation ersetzt wird.

Worin eine solche Gegenstandsbestimmung bestehen könnte, wird gleichwohl durchaus angedeutet, wenn der Autor mit G. Strauß Politik als einen "in sich differenzierten Großbereich der Kommunikation" bestimmt, der durch "Angelegenheiten öffentlichen Interesses" und die "Herstellung und Durchsetzung verbindlicher ... Entscheidungen" charakterisiert sei (S.2). Diese Bestimmung wird auch in der ersten sich anschließenden Übungsaufgabe aufgenommen:

In Kapitel 1.1 wird *Politik* als in sich differenzierter Großbereich der Kommunikation charakterisiert. Inwiefern ist dieser Kommunikationsbereich in sich differenziert und welche anderen Kommunikationsbereiche gibt es darüber hinaus noch? (S.8)

Es fragt sich aber, ob damit nicht etwas in den Bereich der "Übung" und des Selbststudiums verlegt wird, was für die Grundlegung einer Beschäftigung mit politischer Kommunikation konstitutiv ist und eben deshalb auch nicht durch eine alltags-intuitive Ad-hoc-Reflexion erbracht werden kann, sondern eben Umrisse einer *Theorie* der politischen Kommunikation impliziert. Auch darin scheint die vorliegende Einführung recht charakteristisch für den Forschungsstand. So führt W. Dieckmann in einer seiner – von Girnth zu Recht als "Klassiker" bezeichneten – Arbeiten den "Gesamtbereich politischen Handelns" über die Weite möglicher sprachlicher Erscheinungsformen dieses politischen Handelns ein und hält als Fazit fest, dass diese vielfältigen Erscheinungsformen (von der Parlamentsdebatte bis zum Strafzettel) "über den Begriff des Politischen nur auf einer sehr hohen Ebene der Verallgemeinerung" verbunden seien (Dieckmann 1981b:136). Worin ein solcher notwendig abstrakter Begriff des Politischen bestehen könnte, wird dann auch bei Dieckmann nicht weiter ausgeführt. Stattdessen folgt – ähnlich wie bei Girnth – eine Fokussierung auf den Bereich des öffentlichen politischen Handelns, vor allem im Bereich der von Dieckmann sogenannten "Außenkommunikation" mit dem Bürger. Bei dem hier anklingenden Bedarf an Abstraktion handelt es sich nicht um eine für LinguistInnen gleichermaßen brotlose Kunst. Vielmehr macht sich in dieser Rede von einer notwendig "sehr hohen Ebene der Verallgemeinerung" ein Theoriebedarf im Hinblick auf die Bestimmung des eigenen Gegenstandsbereiches bemerkbar. Erkennbar wird das schon daran, dass jene "Außenkommunikation" mit dem Bürger eben nur auf dem Hintergrund einer bestimmten (und wohl zu einfach gebauten) Theorie politischer Kommunikation überhaupt als "Außenkommunikation" erscheint: Als Wähler, und als solche werden Bürger von Politikern in der Regel angesprochen, gehören die Bürger selbst mit zum politischen System – so zumindest ließe sich aus einer bestimmten Theo-

rie des politischen Systems argumentieren, die etwa Phänomene wie die moderne Differenzierung von "Publikumsrollen im politischen System" zu erfassen gestattet.³

Wie immer man in einer solchen Frage entscheiden mag: unstrittig erscheint mir, dass sich an dieser Stelle ein Theoriebedarf ergibt, der sich unmittelbar auf die Konzeptualisierung des Gegenstandes der eigenen Analysen auswirkt und den man deshalb nicht leichtfertig zur Seite schieben sollte; letztlich hängt davon auch die Frage ab, was (eigentlich) die Sprachwissenschaft zur Beschreibung des Politischen (über Exemplarisch-Kursorisches hinaus) beitragen kann. Um auf die Einführung von Girth zurückzukommen: Die in der Übungsaufgabe formulierte Frage ist ja auch in der Weise außerordentlich gehaltvoll, dass es geradezu eine Leistung sprachwissenschaftlicher empirischer Forschung sein könnte, die Eigenlogik *politischer* Kommunikation zu erfassen, also herauszuarbeiten, in welcher Weise sich politische von Wirtschaftskommunikation oder Kommunikation im Gesundheits- oder Wissenschaftssystem unterscheidet.

Wenn man die Thematik von dieser Seite aus angeht – und die Rede von einem "Großbereich der Kommunikation" unter anderen legt diese Sichtweise nahe –, ergibt sich ein Anknüpfungspunkt für eine Linguistik der politischen Kommunikation, der in der Einführung von Girth so gut wie nicht auftaucht: die vor allem in der Gesprächsforschung seit ihrer Etablierung betriebene Untersuchung sogenannter "institutioneller Kommunikation".⁴ Unter diesem Stichwort sind in der Gesprächsforschung in den letzten rund 20 Jahren eine Reihe empirisch fundierter Untersuchungen entstanden, die sich als Beiträge zur empirischen Erforschung der Eigen- und Binnenlogik der Kommunikation in gesellschaftlichen Funktionssystemen verstehen lassen. Allerdings muss man konzedieren, dass die Schwerpunkte der Gesprächsforschung bislang nicht in der Analyse der Organisationen politischer Kommunikation lagen und liegen (sondern in der Analyse etwa der Organisationen der Kommunikation im Gesundheitssystem, im Rechtssystem und in den letzten Jahren auch vermehrt der Wirtschaftskommunikation).

Der Blick auf diese Untersuchungen zeigt aber, dass sich hinter der oben zitierten "Übungsaufgabe" letztlich ein ganzes Forschungsprogramm verbirgt. Nicht so sehr in empirischer, wohl aber in theoretischer Perspektive liegt in diesem Zusammenhang auch ein Verweis auf *soziologische* Theorieangebote zur politischen Kommunikation nahe: Zum Beispiel gibt es in einem strengen Sinne kommunikationstheoretisch fundierte Theorien funktionaler Differenzierung, in denen jene "sehr hohe Ebene der Verallgemeinerung" tatsächlich eingelöst wird (siehe oben Fußnote 3). In den Versuchen der Profilierung einer *Politolinguistik* pragmatischer Prägung (siehe oben) spielt diese Theoriebedürftigkeit so weit ich sehe allerdings keine nennenswerte Rolle. Eine Einführung in die linguistische Analyse politischer Kommunikation (zumal im Format eines Arbeitsheftes) muss dieses Defizit insofern ausbaden, als es fraglich erscheint, ob sich ein "solides Fundament" für den Einstieg in die Thematik ergeben kann, wenn der titelgebende Gegenstand der Unternehmung letztlich verschwommen bleibt.

³ So die Argumentation aus der Perspektive einer "Soziologie des politischen Systems" (vergleiche Luhmann 1970:164).

⁴ Bei Dieckmann ist diese Thematik mit der der politischen Kommunikation bezeichnenderweise noch ganz eng verknüpft (vergleiche insbesondere die Beiträge im Abschnitt "Kommunikation in politischen Institutionen" in Dieckmann 1981).

Aber nicht nur in theoretischer, sondern auch in methodischer Hinsicht erweist sich die enge Anlehnung an die germanistische Sprache-und-Politik-Forschung als eine nicht unproblematische Einschränkung. Das soll abschließend am Beispiel der Analyse der Jenninger-Rede kurz illustriert werden.

Vielleicht weniger die Rede des damaligen Bundestagspräsidenten Philipp Jenningers selbst als vielmehr die heftigen Reaktionen auf diese Rede (die unter anderem bekanntlich schon am nächsten Tag zum Rücktritt Jenningers führten) haben in der germanistischen Linguistik ein breites und vielfältiges Echo gefunden.⁵ Hier ist nicht der Ort, diesen für sprach- und äußerungskritische Reflexionen anscheinend überaus produktiven Fall nachzuzeichnen oder den vielen vorliegenden Analysen eine weitere hinzuzufügen. Auffällig ist aber die Tendenz vieler Untersuchungen, nicht die Rede selbst, sondern ihr (Miss-)Verstehen zu analysieren. Dazu wird bekanntlich vor allem auf die Art und Weise der Einstellungswiedergabe und auf die Normen und Erwartbarkeiten der Textsorte *Gedenkrede* hingewiesen (S.105). Neben anderen außerhalb der konkreten Kommunikationssituation liegenden Bedingungen soll beides erklären helfen, wie eine Rede, die – so Heringer (1990:165 und 168) "nach ihrem Wortlaut" genau genommen kaum Anlass zur Kritik bietet und "inhaltlich akzeptabel" sei – zu derart heftigen Empörungen führen konnte.

Girnth geht über diese Einschätzung insofern hinaus, als er sich in seiner Spielanalyse auf das "Nominationshandeln" Jenningers konzentriert, das heißt, auf Formen der Referenz, in denen eine wertende Einschätzung des Sprechers zum Ausdruck kommt. Die Rede Jenningers reproduziert in dieser Hinsicht eine historisch folgenreiche Konstruktion von Eigenem und Fremdem, insofern sie gleich mit den ersten Sätzen eine fatale Gegenüberstellung von Zugehörigkeiten ins Spiel bringt: "Die Juden in Deutschland und in aller Welt (...)" im ersten Satz *versus* "Auch wir Deutschen" im unmittelbar darauf folgenden Satz. Diese Art der Hervorhebung und Gegenüberstellung von Zugehörigkeiten durchzieht die gesamte Rede und wird in nur wenigen Passagen zugunsten einer allumfassenden Kategorie ("Mensch") relativiert. Girnth thematisiert diese Art der Bezugnahme auf soziale Gruppen, analysiert sie aber nicht im Hinblick auf die damit festgeschriebene "Aufteilung der sozialen Welt" (Bourdieu 1990), sondern stellt lediglich fest, "dass Jenninger eine textsortenspezifische Häufigkeitsnorm für das Nominieren bestimmter Nominationssektoren verletzt." (S.103). Meines Erachtens ist dieser Nachweis textsortenspezifischer erwartbarer Häufigkeiten letztlich irrelevant gegenüber der am Text selbst nachweisbaren Konstruktion von Wir- und Fremdgruppe (*wir Deutschen vs. die Juden*), der sich wie ein roter Faden durch diese Rede zieht – und schon für sich genommen als "Strategie der Gruppendifinition" (Reisigl/Wodak 2001) zu jener Art des Redens über Eigenes und Fremdes gehört, der Jenninger dann in großer Breite eine Stimme gibt. Innerhalb der kritischen Diskursanalyse einerseits und innerhalb der Konversationsanalyse von Zugehörigkeits- und Mitgliedschaftskategorisierungen andererseits ist inzwischen ein sehr differenziertes Beschreibungs- und Kategorieninventar entwickelt worden, um solche Erscheinungsformen sozialer Kategorisierungen empirisch nachzuweisen und mit genuin sprachwissenschaftlichen Mitteln zu beschreiben. Beide für die Thematik politischer Kommunikation unmittelbar einschlägigen Forschungsrichtungen tauchen in der Einführung entweder nur sehr knapp (kritische

⁵ Literaturhinweise dazu sind in der Einführung selbst auf Seite 106 zu finden.

Diskursanalyse: S.10f.) oder aber so gut wie gar nicht (Konversationsanalyse) auf. Das mag man gerade im Hinblick auf die das Buch beschließenden "exemplarischen Einzelanalysen" bedauern, weil darin die Möglichkeiten einer "Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation" bei weitem nicht ausgeschöpft werden.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1990): Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller
- Bremerich-Vos, Albert (1990): Sprache in der Politik. Reflektierte Sprachkritik und Deutschunterricht. In: Diskussion Deutsch 21, 463-478.
- Burkhardt, Armin (1996): Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Klein, Josef / Diekmannshenke, Hajo (Hg.): Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin/New York: de Gruyter 1996, 75-100.
- Dieckmann, Walther (1981a): Politische Sprache – Politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe. Heidelberg: Winter.
- Dieckmann, Walther (1981b): Politische Sprache. Maßstäbe ihrer Bewertung. In: ders.: Politische Sprache – Politische Kommunikation. Vorträge, Aufsätze, Entwürfe. Heidelberg: Winter, 137-158.
- Heringer, Hans Jürgen (1990): Wie man etwas nicht sagen darf: Der Fall Jenninger. In: ders.: "Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort". Politik - Sprache - Moral. München: Beck, 163-176.
- Kilian, Jörg (1994): Sprache in der Politik. Ein einführender Überblick. In: Praxis Deutsch 21, 4-10.
- Klein, Josef (1998): Politische Kommunikation – sprachwissenschaftliche Perspektiven. In: Jarren, Otfried / Sarcinelli, Ulrich / Saxer, Ulrich (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikon. Opladen: Westdeutscher Verlag, 186-210.
- Luhmann, Niklas (1970): Soziologie des politischen Systems. In: Ders.: Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme. Band 1. Opladen: Westdeutscher Verlag, 154-177.
- Maas, Utz (1989): Sprachpolitik und politische Sprachwissenschaft. Sieben Studien. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reisigl, Martin / Wodak, Ruth: Discourse and Discrimination. Rhetorics of racism and antisemitism. London/NY: Routledge 2001
- Strauß, Gerhard (1998): Sprachspiele, kommunikative Verfahren und Texte in der Politik. Versuch einer Textsortenspezifik. In: Ders.: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifik. Tübingen: Narr, 2-66.

Prof. Heiko Hausendorf
Universität Bayreuth
Lehrstuhl für Germanistische Linguistik
Universitätsstraße 30
D-95440 Bayreuth
Heiko.Hausendorf@uni-bayreuth.de

Veröffentlicht am 23.2.2003

© Copyright by GESPRÄCHSFORSCHUNG. Alle Rechte vorbehalten.